

Stellungnahme der BUKO zur Situation in Haiti

29. Januar 2010

Not- und Wiederaufbauhilfe? Ja unbedingt, aber ein nachhaltiger Wiederaufbau kann nur gelingen, wenn die haitianische Seite miteinbezogen wird!

Das Scheinwerferlicht der globalen Öffentlichkeit ist derzeit auf das Leid der Menschen in Haiti gerichtet, die Maschinerie der Katastrophenhilfe ist schnell angelaufen und eine Welle großer Spendenbereitschaft geht um die Welt. Dabei wird vielfach betont, dass es sich hier nicht nur um eine Naturkatastrophe handelt, sondern auch um eine von Menschen gemachte Entwicklungstragödie. Viel zu lange, so ist zu lesen, wurden die Augen verschlossen vor dem, was in Haiti wirklich passierte. Dabei verschafft sich auch ein Diskurs Raum, der so alt ist wie die Unabhängigkeit Haitis selbst: Der Haitianer an sich „schaffe es alleine eben nicht“; Die Weltgemeinschaft müsse nun zusammenstehen und Haiti von seinem „elenden“ Schicksal erlösen. Das Volk müsse endlich von seinen korrupten Eliten befreit werden, aus eigenen Kräften gelänge die politische Selbstverwaltung nicht.

Haiti ist ein Symbol des anti-kolonialen Widerstands und des Kampfes gegen Sklaverei und Unterdrückung. Ebenso alt sind aber auch die Bemühungen des globalen Nordens – zunächst Europas, später auch der USA – Haitis Unabhängigkeit eine „undenkbare Tatsache“, wie es der haitianische Autor Michel-Rolph Trouillot bezeichnete, bleiben zu lassen. Heute nennt sich das Gewand des kolonialen Diskurses „Staatszerfall“ und „scheiternder Staat“.

Hinter diesen Argumentationen steht die skandalöse Ausblendung struktureller Ungleichheit im globalen Kontext und der Entwicklung zur „Unterentwicklung“, die Haiti schon lange vor dem Beben abhängig von ausländischer Hilfe gemacht hat. Dabei konnte sich Haiti noch in den 1980er Jahren selbst mit Reis versorgen – bis durch die Verschuldungspolitik des Internationalen Währungsfonds das Land durch ein Strukturanpassungsprogramm gezwungen wurde, die eigenen Kleinbauern weltweit „ihre Konkurrenzfähigkeit beweisen“ zu lassen. Zum Beispiel gegenüber der mit über einer Milliarde US-Dollar jährlich subventionierten Reisindustrie der USA. So ist Haiti nur ein weiteres Beispiel dafür, wie die Landwirtschaft in einem Land des globalen Südens durch den vom globalen Norden dominierten Welthandel zerstört wurde, bevor dieser sich in bester Manier als „Retter“ inszenierte und die fragile Lage ausnutzte, um die postkoloniale Abhängigkeit noch einmal zu vertiefen.

Gemeinsam mit der karitativen Hilfe für Haiti kam immer öfter auch die politische. Seit Juni 2004 steht Haiti unter UN-Mandat (MINUSTAH). Nun bieten ausländische Regierungen und insbesondere die USA ihre Hilfe an, für die – so heißt es – überhaupt erstmal territoriale Kontrolle geschaffen werden muss. So übernahmen die USA die Kontrolle des haitianischen Flughafens, um einen besseren Ablauf der aktuellen Katastrophenhilfe zu gewährleisten. Insgesamt 11.000 US-Soldaten sollen im Land für Ordnung sorgen. Die Hilfsmaßnahmen sind komplett in die Militärstrategie eingebunden. Haitis Präsident und die haitianische Regierung scheinen nicht mal mehr symbolisch präsent zu sein. Ohne Frage: Es muss dringend geholfen werden. Doch was das weltöffentliche Auge dann schon nicht mehr beobachten wird, das ist der Alltag einer seit vielen Jahren voranschreitenden Rekolonisierung des haitianischen Territoriums.

Hilfseinsätze sollten entmilitarisiert werden. Katastrophenhilfe und Wiederaufbaumaßnahmen dürfen nicht zur Entmündigung führen. Die BUKO stimmt daher dem britischen Haiti-Experten Peter Hallward zu, der im Guardian anlässlich des Erdbebens in Haiti schreibt: „Wenn wir ernsthaft dem Land nach dem zerstörerischen Erdbeben helfen wollen, dann müssen wir aufhören es zu kontrollieren und zu zerstören.“

(siehe <http://www.freitag.de/politik/1002-haiti-erdbeben-unterentwicklung-guardian>)

Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) am 29. Januar 2010